



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

331 (22.7.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186450](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186450)

Königsberg, Braunschw.: Die Kleinrentner fordern so bald als möglich Schutz mit dem bundesstaatlichen Stand. Die Renten sollte eine Volkskammer in dieser Frage herbeiführen, nachdem die Sozialpolitik in diesem Punkte entgegen ihrem Programm verstoßen hat. In Braunschw. haben wir die Arbeiter mit politischen Rechten kennen gelernt. Wir wurden geknechtet von weniger landbesitzenden Elementen. Mit unseren Rechten wird Schluß über gefällt.

Kreisrat: Saarbrücken verteidigt den Gedanken der Gemeinshaft der Nationen über der Nation.

Regierungsrat von Tübingen: Wir Demokraten im Rheinland lehnen gedankenlos das Scheitern der Selbständigkeit ab.

Prof. Dr. Berns: Die Nationalversammlung wünscht eine engere Fühlung zwischen der Fraktion der Nationalversammlung und den Wählern.

Die Debatte wurde geschlossen, die Referenten werden morgen ihr Schlußwort halten. Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

*

Wahl der Vorstehenden des Parteikongresses.

Berlin, 22. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Die Wahl zum Vorstand, die in die Diskussion eingeschoben wurde, hat für viele eine Überraschung. Es waren zwei Wahlgänge notwendig. Im ersten Wahlgang erhielt Friedrich, von dem man in der Partei allgemein angenommen hat, daß er wie bisher an die erste Stelle gestellt werde, nur 43 Stimmen. Von insgesamt 544 abgegebenen Stimmen fielen auf Raumann 205, auf Dr. Petersen 147 und auf Oberbürgermeister Koch 141. In der Stichwahl wurde dann Herr Raumann mit 285 gegen 254, die auf Petersen fielen, zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt. Die Wahl wurde mit großem Beifall begrüßt. Raumann dankte in bewegter, herausragender Weise. Die drei übrigen Vorstehenden wurden durch Akklamation gewählt: nämlich Herr Dr. Gerland, Dr. von Hieber, Entgelt und Dr. Gertrud Baumert.

Deutsches Reich.

Die Verhältnisse in der Pfalz.

Aus der Pfalz, 21. Juli. Wohl ist der Friedensvertrag von Deutschland ratifiziert. Aber noch macht sich innerhalb der Pfalz keinerlei Erleichterung bezüglich der zahlreichen Verationen bemerkbar, unter welcher die Bevölkerung seit nunmehr 7 Monaten leidet. Noch wie vor finden die Einschränkungen der Demobilisierten und die ökonomischen Appelle statt, welche für viele Leute nicht nur eine unnütze Zeitvergeudung bedeuten, sondern infolge der Verhinderung an längeren Reisen — Befreiungen werden nicht allenthalben entgegenkommend bewilligt — große geschäftliche Einbußen zur Folge haben. Die Erteilung von Ausreisegenehmigungen ins unbesetzte Deutschland erfolgt spärlicher denn je; kurzfristige Pässe über die Ludwigshafener Rheinbrücke werden zurzeit nur tageweise ausgestellt. Auch die Briefzensur arbeitet wieder strammer; der Einfluß selbst genehmigter Zeitschriften und amtlicher Blätter wird von verschiedenen Kontrollkommissionen eigenmächtig behindert. Es wird zurzeit auch wieder strenge darüber gewacht, daß beim Aufleben und Herablassen der Tricolore am Brückenhäuschen vor der Ludwigshafener Rheinbrücke alle Passanten der Gruppfplicht pünktlich nachkommen. Auch in Truppenverbänden getragene französische Fahnen müssen vom Publikum ebenso demotisiert werden. Es bemächtigt sich der gesamten Bevölkerung nachgerade der größte Unmut über die auch nach Friedensschluß nicht aufhörenden Belästigungen und Hemmnisse, die auf der geschäftlichen Tätigkeit schwer lasten. Dazu kommt, daß die Verordnungen der Besatzungsbehörde vielfach jede Deutlichkeit und Zuverlässigkeit vermissen lassen. So weiß heute noch niemand, ob er Patete, deren Verfertigung nach dem unbesetzten Deutschland nach den Publikationen zugelassen ist, auch tatsächlich ohne Genehmigung seitens des Ludwigshafener französischen Wirtschaftsamt hinübergelangen. Die Restenstellen weisen derartige Anträge vorerst meist zurück. Es müßte seitens der Oberpostdirektion durch geeignete Vorstellungen eine größere Präzision derartiger Erlasse herbeigeführt und es müßte dann solche in nicht mißzuverstehender Fassung an die äußeren Stellen hinausgegeben werden.

Baden.

Regierung und Militär-Bataillone. (Eigener Bericht.)

Karlsruhe, 21. Juli. In der Stellung der badischen Regierung zu der Frage der Militär-Bataillone hat sich seit Beginn des Jahres ein Wandel vollzogen, ein Wandel, den der ordnungsliebende Staatsbürger nur begrüßen kann. Noch in den Monaten Februar und März ging die Regierung recht zögernd an die Frage heran. Und zwar war es die Sozialdemokratie, die diese zögernde Haltung verurteilte. Sie befürchtete nämlich, eine Bewaffnung der Bürgerschaft könne zu reaktionären Zwecken ausgenutzt werden. Deshalb schloß sich die Regierung außer auf die in der Bildung begriffenen Freiwilligenverbände vor allem auf die schon bestehende Volkswehr; der sogenannten Bürgerwehr stand sie innerlich wenig sympathisch gegenüber. Eine Bewaffnung der Bürgerschaft wurde rundweg abgelehnt. Dann aber kam der Umsturz, hervorgerufen durch die Einsicht, daß die Volkswehr in ihrer damaligen Zusammenfassung und Organisation keineswegs zuverlässig war, und beschleunigt durch die sehr lebhaften Ereignisse in Berlin und München. Da zu gleicher Zeit infolge des Anstretens der badischen Verfassung eine neue, legale Regierung ans Ruder kam, in der tatkräftige Männer, wie Kemmle, der Minister des Innern, und Staatsrat Köhler, der Ratspräsident, saßen, erhielt der Ausbau der badischen Sicherheitswehr im weiteren Sinne die nötigen Worte einen neuen Impuls. Das Landesgendarmeriecorps wurde neu organisiert und verstärkt, die Volkswehr von unzuverlässigen Elementen gesäubert und strenger zusammengefaßt. Die Zahl der Freiwilligenverbände vermehrt. Und neuerdings ist nun auch die Organisation der Militär-Bataillone energisch in Angriff genommen worden. Der Zustand der Lohndienst und halben Maßnahmen scheint vorbei zu sein.

Unter lebhafter Anteilnahme der Regierung hat hier in Karlsruhe Major Bauer, ein außerordentlich tüchtiger, tatkräftiger und tatkraftvoller Offizier, an dessen demokratischer Einstellung nicht zu zweifeln ist, die Bildung und Organisation eines Militär-Bataillons in die Hand genommen. Einstweilen mit gutem Erfolge. Über 700 Männer aus allen Schichten der Bevölkerung haben sich gemeldet. Major Bauer wird sein Bataillon aber auf 1500 Mann bringen. Das Militär-Bataillon soll dazu dienen, die Ordnung und Sicherheit in der Landeshauptstadt gegen etwaige gewalttätige Ausschüsse zu verteidigen; es wird also nur im Notfall in Aktion treten. Dann aber auch als Organ der bewaffneten Macht, mit allen Rechten und Pflichten des regulären Militärs. Eine Bewaffnung der Mitglieder des Militär-Bataillons ist für den Fall der Gefahr vorgesehen. Genügend Waffen sind vorhanden und in zuverlässigen Händen deponiert. Wir haben allen Anlaß, die Bildung dieser Militär-Bataillone zu unterstützen und zu fördern. Noch hat sich der Sozialismus keineswegs beruhigt; noch haben wir mit neuen blutigen Ausschüßungen zu rechnen. Wir sind überzeugt, daß genau so, wie sich Frei-

willigenverbände und Volkswehr bereits bewährt haben, sich auch die Militär-Bataillone zum Segen des Landes bewähren werden.

Die badischen Wasserkräfte und die Sozialisierungspläne des Reiches.

Karlsruhe, 22. Juli. (Priv.-Tel.) In der gestrigen Abend Sitzung des Haushaltsausschusses des badischen Landtags machte Arbeitsminister Rüdert Mitteilung über die badischen Wasserkräfte und die Sozialisierungspläne des Reiches. Wie aus Mitteilungen der Presse schon bekannt geworden ist, sollen die gesamten Hochspannungsleitungen, soweit sie Eigentum des Staates, der Gemeinden und Privaten sind, nach in der Reichsverfassung bestehenden Bestimmungen an das Reich übergeben. Die Ausführung dieses Planes bedeutet für die wirtschaftliche Zukunft Badens eine Gefahr, der durch den Landtag und die Regierung, soweit es noch möglich ist, begegnet werden muß. Der Arbeitsminister vertrat den Standpunkt, daß dies geschehen kann durch die Einsetzung eines Reichsbeirats, der die wirtschaftlichen und wasserrechtlichen Interessen der mit den Wasserkräften besetzten Staaten vertritt. Das Reich soll zwar die Hochspannungsleitungen übernehmen, aber Baden müsse die Verteilung der Elektrizität belassen werden. Im weiteren machte der Arbeitsminister Mitteilung, daß die völlige Umschließung Badens von Baden bis an die Seegegend mit Elektrizität geplant sei. Die Werke in Bursenberg und Rheinfelden würden Anschluß an das Ruhrkraftwerk erhalten. Nach dem 2. Ausbau des letzteren könne ganz Baden mit elektrischer Kraft versehen werden. Da sei es zu wünschen, daß sich das Reich nicht hineingewänge und etwa die volle Ausnutzung der Wasserkräfte Badens hemme. Er sei im Staatsausfluß in Berlin nach dieser Richtung hin tätig gewesen. Die Vertreter der Parteien gaben ihr volles Einverständnis mit der Haltung der Regierungsvertreter kund und wünschten ganz dringend, daß Baden nicht völlig das Recht, über seine Wasserkräfte zu verfügen, genommen werde. Auch möchte alles getan werden, um der Ansiedlung von Industrie am Oberrhein die Wege zu bahnen.

Karlsruhe, 21. Juli. Im badischen Landtag haben die Abgeordneten Heinrich (Zentr.) und Genossen eine Interpellation an die Regierung gerichtet, in welcher an diese die Frage gerichtet wird, was sie zu tun gedente, um die gesetzlichen Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter, die während des Krieges teilweise außer Kraft gesetzt waren und jetzt wieder Geltung haben, mit voller Strenge durchzuführen? Ferner ob die Regierung bereit ist, sich für eine nötig gewordene Erweiterung des gesetzlichen Jugendschutzes bei der Reichsregierung einzusetzen. Weiter wird in der Interpellation die Herbeiführung einer Reform des Beurlaubungswesens gewünscht.

Baden-Baden, 21. Juli. Der badische sozialdemokratische Parteitag wird am 16. u. 17. August hier abgehalten werden. Der Parteitag wird sich in der Hauptsache mit Fragen der Neuorganisation der Partei und ihrer taktischen Stellung zu den politischen Problemen der Gegenwart befassen.

Worms, 21. Juli. Eine hier aus dem ganzen Bezirk sehr stark beachtete Bauernversammlung erkannte in einer Entschließung die bisher erfolgten Preissteigerungen verschiedener landwirtschaftlicher Produkte danbar an, gab aber zugleich der Erwartung Ausdruck, daß die Getreide- und Kartoffelpreise wesentlich erhöht und dadurch mit den außerordentlich gestiegenen Produktions- und Betriebskosten der Landwirtschaft sowie mit den Preisen der Industrieerzeugnisse und mit den Bedarfsartikeln bäuerlicher Familien in Einklang gebracht werden. Weiterhin forderte die Versammlung den schleunigen Abbau der Zwangswirtschaft und die rasche Beseitigung aller Kriegsgesellschaften.

Nationalversammlung.

Weimar, 22. Juli. (Von unserem Vertreter.) Der große Tag des Artikels 18, welcher wohl die einschneidendsten Bestimmungen der Verfassung enthält. Die Entscheidung über dieses Problem, die viele Wochen hindurch die Deffektivität in Erregung gehalten hat, ist ja schon vor einigen Tagen gefallen. Was heute noch folgt: der Ausschluß, dem man eine übermäßige Ausdehnung gewiß nicht wünschen möchte. Das Tempo der Verfassungsberatung ist ja von Tag zu Tag rascher geworden, schließlich hat man die schwierigste Materie in Droversungen, denen kaum 50 Mitglieder beiwohnten, besonders gequ coast.

Die heutige Sitzung, die mit einer ungewöhnlichen Pünktlichkeit, ohne das übliche parlamentarische Viertel, kurz nach 10 Uhr begann, ließ noch einmal die verschiedenen Meinungen vorüberziehen. Es war kein Kampf der Geister, sondern das Abrollen eines Fusses, dessen erste Schritte man schon von früher kannte. Durch den Kompromißantrag der beiden Regierungsparteien, dem sich auch die Demokraten angeschlossen hatten, waren alle übrigen Vorschläge und Anträge erledigt und die Redner der Parteien gaben sich auch wenig Mühe, die von allen Fraktionen gestellten Anfragen noch energisch zu vertreten, sondern übten in der Hauptsache Kritik an diesem Kompromiß oder sprachen sich darüber aus. Der Artikel 18 betrifft ja im Grunde eine preussische Frage, und wenn man ganz genau gehen will, handelt es sich hier nur um das Schicksal der Rheinlande.

Unter den Rednern nahmen denn auch die Rheinländer einen großen Platz ein. Der Redakteur der „Rheinischen Volkszeitung“ in Köln, Solmann, der für die Sozialdemokratie sprach, ließ seinen Zweifel daran, daß die Sozialdemokratie nur mit Schmerzen sich für das Erfordernis des Reichsgesetzes für Gebietsveränderungen verpflichtet hat, aber durch die Hinausschiebung auf 2 Jahre sind ihre schwersten Bedenken beruhigt.

Der Redner des Zentrums Kaas hatte es leicht. Wiederum hat das Zentrum den Sieg auf der ganzen Linie errungen, wenn es auch für dessen Ausnutzung eine gewisse Geduld bewahren muß. Aber das Zentrum ist eine von den Parteien gewesen, die es von jeher verstanden haben, die politischen Ziele mit unbeirrbarer Beharrlichkeit und Fähigkeit zu verfolgen. Dem Rheinländer Solmann trat dann der Rheinländer Falk entgegen, der die ganze Separationsbewegung nicht als wirklich aus dem Herzen der Bevölkerung stammend anerkennen will und den nationalen Zusammenhang predigt. Besonders scharf kommt die Ablehnung jener Forderung der Rheinlande von Preußen in der Rede des deutschen Nationalen Philipp zum Ausdruck, der nochmals mit mehrmaligen Worten des alten Preußen gedenkt und die Zerstückelung Preußens den schmachlichsten Gedanken der Weltgeschichte nennt.

Die preussische Regierung ihrerseits hat sich auf den Boden des Kompromißantrages gestellt, und das wird ihr gewiß nicht leicht geworden sein. Der preussische Minister Heine erklärte sich namens des preussischen Kabinetts dafür und teilte auch mit, daß die preussische Regierung weit entfernt von jedem

Parlamentarismus im Interesse der Vereinheitlichung bereit sei, auch preussische Gebiete herzugeben und bereits in dieser Angelegenheit mit dem freiköniglichen Hamburg und den thüringischen Staaten in Verhandlungen getreten wäre, während sich der ehemalige sächsische Justizminister Heine, gegenwärtig der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, nochmals ausdrücklich als Sachse für ein starkes und ungeteiltes Preußen ausspricht.

Die Debatte beginnt sich ins Uferlose zu dehnen und mancher Abgeordnete schaut nach der Uhr, denn auf 12 Uhr waren die Abstimmungen angesetzt, während um diese Zeit erst der heftige Minister Brenano di Tremezzo eine schwungvolle Polemik gegen den deutschen Nationalen Abg. Philipp führt und die Süddeutschen gegen die norddeutschen Vorwürfe in bezug auf den angeblichen Vaterlandsverrat für Hessen verteidigt, wobei er schließlich von sehnsüftigen und ungeduldigen Schlußrufen des Hauses unterbrochen wird.

Der unabhängige Führer Haase hielt ganz gegen seine Gemüthsart eine kurze Rede, in der er den abweichenden Standpunkt seiner Fraktion gegenüber dem Kompromiß deutlich zum Ausdruck bringt, dann beschließt die Mehrheit des Hauses, bestehend aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, gegen den lebhaften Widerspruch von rechts den Schluß der Debatte. Der erste Schlußantrag während der ganzen Verfassungsberatung. Durch ihn wird das demokratische Wort Konrad Hausmanns von gestern lägen gestraft, der noch gestern behauptet hatte, die Nationalversammlung habe die ganze Verfassung ohne jede Einschränkung der Redefreiheit durchberaten. Eine Anzahl Redner, die noch auf der Liste standen, aber durch den Schlußantrag nicht zum Sprechen kamen, sprachen ihr Bedauern darüber aus, insbesondere der Abg. Dr. Rühlmann, weil er verhindert sei, über den Anschluß von Deutsch-Oesterreich zu sprechen.

Um 1/2 12 Uhr begann endlich die Abstimmung, zuerst über den Artikel 18. Es wird namentlich abgestimmt. Mit 169 gegen 71 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen entscheidet sich das Haus für den Kompromißantrag, nachdem noch einige unwesentliche Redaktionsänderungen auf Wunsch der Demokraten vorgenommen wurden. Artikel 62 wird in der Ausschlußfassung mit einem von dem Abg. Luppe (Dem.) beantragten Zusatz angenommen, wonach das Stimmverhältnis im Reichsrat entsprechend der Volkszählung neu geregelt werden soll. Der Artikel 64 wird unter Ablehnung aller Anträge unverändert in der Ausschlußfassung angenommen.

Das Haus kommt schließlich zu der gestern abgelehnten Abstimmung über den Artikel 162, in der sämtliche Abänderungsanträge abgelehnt wurden bis auf den Antrag Delius, der im Reichswirtschaftsrat und in den Reichswirtschaftsräten nicht „die wichtigsten Berufsgruppen“, sondern „alle wichtigen Berufsgruppen“ vertreten sehen will.

Zu dem bereits erledigten Artikel 152 (Bauernschaft) ist noch rückständig die namentliche Abstimmung über den Antrag Bauer (Sozialdemokrat), der die Aufhebung der Privatrechte und Wutungsrechte verlangt. Sie ergibt die Annahme des Antrages mit 132 gegen 118 Stimmen. Das Haus ist also immer schlechter bestellt. Es wird nun auch um 1/2 12 Uhr die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf 1/2 1 Uhr nachmittags verlagert.

Letzte Meldungen.

Ein Feldzug gegen Ungarn?

Amsterdam, 21. Juli. (BB.) Laut „Allgemein Handelsblad“ meldet der „Daily Telegraph“ aus Paris: Der Rat der fünf hat in Gegenwart Hochs über die ungarische Frage beratschlagt. Die letzten aus Böhmen kommenden Meldungen sind unheilvoll. Vor einigen Wochen ist an die Offiziere des alten Heeres die Aufforderung gerichtet worden, den früheren Rang und ihre frühere Stellung wieder einzunehmen. Die allgemeine Mobilisierung werde am 12. Juli befohlen. Die Vorbereitungen und Truppenzusammenziehungen, die jetzt im Gange sind, weisen deutlich auf einen Angriff auf die ungarische Front. Wie verlautet, ist die Ernennung eines französischen Generals, wahrscheinlich Mangin, der eine lange Unterredung mit Clemenceau hatte, zu erwarten. Er soll die allgemeine Führung aller alliierten, der tschecho-slowakischen, rumänischen und der südlawischen Heere, die gegen Ungarn kämpfen, übernehmen. Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß die Westmächte bald Kriegsmaterial, Waffen usw. senden. Es ist jedoch klar, daß keine französischen oder englischen Truppen entsendet werden sollen. Nicht nur im Falle mit Ungarn, sondern auch bezüglich der Durchführung des Friedensvertrages würden Frankreich, England und Amerika nicht geneigt sein, neue militärische Verantwortlichkeiten auf sich zu nehmen.

Der Streiktag in Wien.

Wien, 21. Juli. (B. A.) Es ist nach heute im Zeichen des Generalstreiks. Mit Ausnahme der Bäckereien, Lebensmittelgeschäfte, die in den ersten Morgenstunden offen blieben, waren alle Geschäfte, Gasthäuser, Kaufhäuser und Kaufleute geschlossen. Auch der Verkehr der Straßenbahn war völlig erstickt. Von der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei wurden in den Arbeitervierteln Versammlungen und Streikversammlungen veranstaltet, die einen völlig ruhigen Verlauf nahmen. In den ersten Morgenstunden durchzogen in allen Bezirken Adressen tausende von Demonstrationen die Straßen unter Vorantragung von roten Fahnen und Tischen mit verschiedenen auf die Bedeutung des Tages bezugnehmenden Anschriften. Sie sammelten sich an bestimmten Orten, wo sozialdemokratische und kommunistische Redner Ansprachen hielten. Nach den Randgebungen ließen sich die Mäße auf. Die Teilnehmer zerstreuten sich überall in völliger Ruhe.

Der englische Grubenarbeiterstreik.

London, 22. Juli. (Reuter.) Die Regierung erteilte Ric-Webbs Vollmacht, Anordnungen für die Aufrechterhaltung der Pumparbeiten in den Bergwerken zu treffen. Die Regierung beabsichtigt nicht, sich in die Krise einzumischen. Sie verspricht, die Arbeiter sofort wieder zurückzuführen, wenn die Grubenarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen würden. Sie könne indessen nicht zulassen, daß die Bergwerke in denselben Zustand geraten würden, wie die von den Deutschen zerstörten französischen Kohlengruben.

Streiktag in Amerika.

Amsterdam, 21. Juli. Laut „Telegraaf“ meldet die „Times“ aus New York, daß außer dem Streik im New Yorker Hafen, wo 500 Schiffe stilliegen, und der Arbeitslosigkeit an der Küste, durch die mehrere 700 Schiffe zur Unfähigkeit verurteilt werden, auch in Chicago 100 000 Arbeiter des Baugewerbes ausgeparkt sind, nachdem 80 000 Arbeiter infolge von Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt hatten. In Boston streikten die Straßenbahnangestellten und 100 000 Arbeiter der Zigarenindustrie.

Schießerei in Preßburg.

Preßburg, 22. Juli. (B. A.) Gestern nachmittag gegen 2 Uhr fand vor der Kaserne des 12. Jäger-Regiments, das seinen Sitz am 18. Juli mit besonderer Rücksicht auf das aufsteigende Volksfest, eine Kundgebung statt, wobei die Männer in die Kaserne eingeladen wurden. Dabei kam es zu einer Schießerei, bei der 2 Personen getötet und 2 verletzt wurden.

Aus Stadt und Land.

Bürgerausschuß-Vorlagen.

Strompreise.

Der Stadtrat beantragt: 1. Vom 1. August 1919 ab gilt folgender Stromtarif:

A. Lichtstrom: Für die ersten 3400 kWh 110 Pfg. (bisher 75 Pfg.), für die folgenden 6600 kWh, d. i. von 3401—10000 kWh, 90 Pfg. (bisher 62,5 Pfg.), für die folgenden 25000 kWh, d. i. von 10001—34000 kWh, 80 Pfg. (bisher 56,25 Pfg.), für den weiteren Verbrauch 70 Pfg. (bisher 50 Pfg.) für die kWh.

B. Kraftstrom: für 1—10000 kWh 55 Pfg. (bisher 37,5 Pfg.), für 10001—20000 kWh 51 Pfg. (bisher 33,75 Pfg.), für 20001—30000 kWh 47 Pfg. (bisher 30 Pfg.), für 30001—50000 kWh 43 Pfg. (bisher 26,25 Pfg.), über 50000 kWh 40 Pfg. (bisher 23,75 Pfg.) für die kWh. Auf diese Preise wird noch der Nachschub der Betriebsstunden innerhalb des Kalenderjahres folgendermaßen gewährt: 5 Proz. bei einer Betriebsdauer von mehr als 300 Stunden, 10 Proz. bei einer solchen von mehr als 600 Stunden, 15 Proz. bei mehr als 900 Stunden, 20 Proz. bei mehr als 1200 Stunden, 25 Proz. bei mehr als 1500 Stunden, 30 Proz. bei mehr als 1800 Stunden (wie bisher). Bei der Gewährung von Betriebsstunden- und Verbrauchsrabatt darf der Mindestpreis von 35 Pfg. (bisher 21,25 Pfg.) für eine kWh. Niederspannungsstrom nicht unterschritten werden.

C. Einheitsstarif: a) für jede kWh 25 Pfg. (bisher 15 Pfg.), b) Jahresgebühr wie bisher.

D. Doppelstarif (Kraftstrom): Für jedes kWh Anschlußwert wird eine jährliche Gebühr von 15 Mk. (bisher 10 Mk.) erhoben; außerdem 150 Mk. (bisher 100 Mk.) für jedes kWh. Leistung der für die Anlage notwendigen Transformatoren. Ferner innerhalb der Sperrzeit 110 Pfg. (bisher 75 Pfg.) für die kWh, außerhalb der Sperrzeit die Höhe des Kraftstarifs B. 2. Die durch diesen Beschluß nicht geänderten Bestimmungen des bisherigen Tarifs bleiben in Kraft. 3. Vom 1. August 1919 ab beträgt die monatliche Zählermiete (§ 4 der Bezugsbedingungen) für die Zählergröße bis zu 1 kWh 100 Pfg. (bisher 38 Pfg.), von 1—4 kWh 150 Pfg. (bisher 63 Pfg.), von 4—10 kWh 250 Pfg. (bisher 100 Pfg.), von 10—20 kWh 350 Pfg. (bisher 133 Pfg.), von 20—30 kWh 440 Pfg. (bisher 166 Pfg.), von 30—40 kWh 525 Pfg. (bisher 250 Pfg.), von 40—50 kWh 750 Pfg. (bisher 313 Pfg.), von 50—100 kWh 900 Pfg. (bisher 375 Pfg.), 100—150 kWh 1000 Pfg. (bisher 438 Pfg.), von 150—250 kWh 1250 Pfg. (bisher 500 Pfg.), von 250—400 kWh 1400 Pfg. (bisher 563 Pfg.), 400—600 kWh 1500 Pfg. (bisher 625 Pfg.), von 600—1200 kWh 1800 Pfg. (bisher 688 Pfg.), von 1200—2500 kWh 1900 Pfg. (bisher 750 Pfg.). Für Doppelzähler und Zähler mit Belastungsmesser wird das 1½fache und für Hochspannungszähler (einschließlich Hochspannungsdoppelzähler) das Doppelte vordringender Sätze berechnet. 4. Ebenfalls vom 1. August ab beträgt die nach § 2 letzter Absatz der Strombezugsbedingungen zu entrichtende Anschlußgebühr für Hochspannungsanschlüsse 70 Proz. für Niederspannungsanschlüsse 40 Proz. der tatsächlichen Kosten (bisher 150 Mk. bzw. 50 Mk.).

Begründung: Seit der Tarifherabsetzung vom 1. April 1919 ist eine weitere beträchtliche Verteuerung der Erzeugungskosten beim städtischen Elektrizitätswerk eingetreten. Die jährliche Mehrbelastung des Elektrizitätsverbrauchs durch alle Erhöhungen beträgt: Kohlenpreiserhöhung 1.057.000 Mk., Kohlenmehrverbrauch durch Mehrerzeugung der Kohle 155.000 Mk., Teuerungszulage für Beente 30.000 Mk., Neuer Lohnsatz der Arbeiter 466.000 Mk., Erhöhung der Gehälter der Ausführenden 95.000 Mk., Teuerungszulage von 3 Mk. täglich, vorerst für 4 Monate 89.000 Mk., zusammen 1.892.000 Mk. Zur Deckung dieser Mehraufwendungen ist eine weitere beträchtliche Steigerung der Strompreise erforderlich. Der Lichtstrompreis muß auf 1,10 Mk. der Kraftstrompreis auf 55 Pfg. und der Preis für den Einheitsstarif auf 25 Pfg. für die kWh erhöht werden. Diese Erhöhung allein würde aber zur Deckung des Mehraufwandes gar nicht ausreichen, weshalb auch eine Erhöhung der Zählermieten, die an sich heute die Aufwendungen für Verpflegung, Heizung, Abschreibung und Unterhaltung nicht decken, vorgezogen werden muß. Die aus diesen Erhöhungen zu erwartende jährliche Mehreinnahme beträgt unter Zugrundelegung der im Voranschlag 1919 angenommenen um 15 Prozent geminderten Stromabgabe: bei Lichtstrom 520.000 Mk., bei Kraftstrom 600.000 Mk., beim Einheitsstarif 684.000 Mk., zusammen 1.804.000 Mk., dazu Mehreinnahme aus Zählermieten 96.000 Mk. insgesamt 1.899.000 Mk. Bei der Mehraufwands-Berechnung ist unberücksichtigt geblieben eine Belastung von 40.000 Mk. für Postfahndarbeiten, die ebenfalls vom Betrieb getragen werden müssen, und eine solche von 168.000 Mk. durch eine weitere Verteuerung der Materialkosten, zusammen 268.000 Mk. Da das Mehrertragnis aus der Tarifherabsetzung gegenüber dem Mehraufwands nur 2000 Mk. beträgt, entsteht bei Einziehung dieser 268.000 Mk. ein Fehlbetrag von 266.000 Mk. Für das Jahr 1919 wird dieser Fehlbetrag noch wesentlich höher sein, weil ein Teil der Mehraufwendungen am 1. Januar, ein anderer Teil am 1. Mai oder 1. Juni in Kraft getreten ist, während die Mehreinnahme aus den Tarifherabsetzungen erst vom 1. August ab erzielt wird.

Bei der Vergleichen des höchsten Tarifs mit dem anderen Städte mit ähnlichen Verhältnissen, hat sich ergeben, daß Ludwigshafen seit 1. März 1919 einen Lichtstrompreis von 60 Pfg., einen Kraftstrompreis von 30 Pfg. erhebt und eine weitere Erhöhung

wegen der Kohlenpreiserhöhung in allerhöchster Zeit vornehmen muß, während Heidelberg ab 15. Juli 1. Mk. für Lichtstrom und 74,5 Pfg. für Kraftstrom, Karlsruhe seit 1. Juli 75 Pfg. für Lichtstrom und 42 Pfg. für Kraftstrom, Stuttgart seit Mai 1919 im Sommer 54 Pfg., im Winter 66 Pfg. für Lichtstrom und wahren: des ganzen Jahres 36 Pfg. für Kraftstrom, Frankfurt a. M. auf Grund einer bestehenden Kohlenklausel 1,10 Mk. für Lichtstrom, 44 Pfg. für Kraftstrom und die Oberheinische Eisenbahn-Gesellschaft 85 Pfg. für Lichtstrom und 45 Pfg. für Kraftstrom erhöht.

Der letzte Absatz des § 2 der Strombezugsbedingungen würde bei Annahme des Antrages dann lauten: „Für Hausanschlüsse sind, sofern die einfache Kabellänge innerhalb des Grundstücks 7 Meter nicht übersteigt, die Hochspannungsanschlüsse 70 Proz., bei Niederspannungsanschlüssen 40 Proz. der tatsächlichen Kosten vom Anschlußnehmer zu tragen; die Kosten für etwaige Mehrleistungen sind ganz vom Anschlußnehmer zu erlegen und werden zum Selbstkostenpreis berechnet.“

Der Postverkehr mit den besetzten Gebieten.

Nach neueren Anordnungen des britischen Militärkommandos in Köln können von jetzt an

1. in Paketen mit einer Wertangabe bis zu 100 Mark zwischen dem unbesetzten Deutschland und der britischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete unter Beachtung der bisherigen sonstigen Bedingungen Gegenstände versandt werden, deren Beförderung bisher nur in gewöhnlichen Paketen erlaubt war;

2. in Paketen aus dem unbesetzten Deutschland nach der britischen Zone elektrische Elemente befördert werden, wenn sie nicht aus Graphit und Salzmilch zusammengesetzt sind.

Ferner dürfen von jetzt an aus dem unbesetzten Deutschland nach der Rheinpfalz und den übrigen von den Franzosen besetzten Rheingebieten (ausgenommen Elbass-Bezirken und Brückenkopfgebiete von Rehl) gewöhnliche, eingeschriebene und Wert-Pakete bis zum Höchstgewicht von 25 Kg., auch dringende und Eilboten-Stücke, ohne und mit Nachnahme bis zu 100 Mark im einzelnen, abgesandt werden. Die Wertangabe ist nur bei Paketen mit barem Geld und Wertpapieren gestattet.

Besondere Bedingungen für die Zulassung der Pakete:

a) Zur Einfuhr in Paketen ohne Wertangabe sind folgende Gegenstände freigegeben: Lebensmittel einschließlich Getränke, lebende Tiere, Futtermittel für Tiere, Produkte und Häute von Tieren, Samereien, Nachschubmittel zur Instandhaltung von Maschinen, für die Industrie notwendige Rohstoffe, Metalle, ferner Pakete an Buchhaltungen, nur durch Vermittelung der Bürgermeistereien der Bestimmungsorte, mit Schul- und Wörternbüchern, wissenschaftlichen Werken und Büchern, die vor dem 1. August 1914 gedruckt sind, schließlich leere Verpackungsmittel.

b) Schriftliche Mitteilungen irgendwelcher Art sind weder innerhalb der Pakete noch auf den Paketfortenabschnitten zugelassen.

c) Zeitungen sind weder als Paketinhalt noch zur Verpackung des Inhalts zulässig.

d) Die Verpackung muß gehörig gesichert und ordnungsmäßig, doch derartig sein, daß sie von der französischen Postkontrollkommission im besetzten Gebiet leicht geöffnet und nach der Prüfung ohne weiteres wieder benutzt werden kann.

e) Pakete, die irgendwie gegen die Zulassungsbedingungen verstoßen, werden von der französischen Behörde beschlagnahmt, ohne daß der Absender oder der Empfänger Anspruch auf Ersatzleistung hat.

Kriegsgefangenen-Heimkehr.

Seitens des Durchgangslagers Mannheim sind die Gemeinden ersucht worden, sich an den Spenden für unsere heimkehrenden Gefangenen zu beteiligen. Von vielen Gemeinden ist in hochherziger Weise gern darauf eingegangen worden. Es fehlt nur noch die Bestimmung einer Kommission, welche sich der Sammlung und Verteilung annimmt. Einzelne Gemeinde haben das gesammelte Obst bereits kurzer Hand dem Durchgangslager überlassen. Leider sind unsere Gefangenen noch nicht einetroffen. Um ein Verderben der Geschenke, die zum Teil recht reichhaltig sind, zu verhindern, mußte das Obst verpackt werden. So steht wenigstens der Erlös unseren Gefangenen zu.

Da am Sonntag eine größere Anzahl Mannheimer sich das Durchgangslager ansehen wollten, aber unrichtiger Weise wieder abgehen mußten, so wird vonseiten der Lagerkommandantur darauf aufmerksam gemacht, daß eine Besichtigung des Lagers zur Zeit noch nicht möglich ist, aber nach Fertigstellung an einem bestimmten Tage erlaubt wird. Dieser Tag wird rechtzeitig in allen Mannheimer Tageszeitungen bekanntgegeben.

Deutsche demokratische Partei Mannheim.

1. ordentliche Mitgliederversammlung.

Die am 3. Juli verfallende ordentliche Mitgliederversammlung findet am Montag, 28. Juli, abends 8 Uhr, im großen Vebertsaal K 2, 31/32 statt. Tagesordnung: 1. Antrag auf Abänderung von § 5 der Satzungen (betr. Vermehrung der zu wählenden Vorstandsmitglieder). 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wahl des Arbeitsausschusses. 4. Wahl der Rechnungsprüfer. 5. Anträge und Wünsche. 6. (Soweit die Zeit hierzu ausreicht) Aussprache über

Ruß, daß wir die Drei zurücklassen mußten bis zum nächsten Transport, der sie dann auch glücklich wieder zu unserer Abteilung brachte.

Damals war gerade der große Tunnel durchgeschlagen worden, und die erste Beise, die in den dunkel gähnenden Schutt hineinlief, war unsere große Gruppe. „Gott erhalte Franz den Kaiser!“ oder wie Sie es sagten: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Nicht wahr dazu durfte man den drei die kleine Hakenunterbrechung wohl schon erlauben? — Ich nicht und er fuhr fort: „Ganz ohne allerlei Zwischenfälle ist la die zweite Beise nicht abgegangen. Hier und da erlitt auch die Bahngasse ihre Kriegswunden. Dann sah der Janko und stieß Hundstangen an ihr herum. In ihren mühen Leib hat er Holz aus den Wäldern Galiziens und Serbiens, von den Ästern des Taurus und Federholz vom Libanon, von Cypressen des heißen Landes und von den Dattelpalmen in der Wüste eingefügt, um sie bei jeder Baue zu erhalten.“

So ist denn die Geschichte dieser alten Geige zugleich ein Stück Geschichte unseres Feldzuges. Wir alle sehen das unheimliche, zusammengeklammerte Ding mit ganz anderen Augen an, wie Sie, der Sie seinen Lebensweg nicht kennen. Und wenn der Janko des Abends mit seiner Bahnkeine in unserem kleinen Kreise erscheint, dann singt sie uns das Lied unserer Kämpfe, das schönste Lied des Soldaten überhaupt!

Auf diese Weise wurde die Bahnkeine am Ende auch unserer letzten Schwester Marie vertraut. Allen eines Tages fand sie, daß das Instrument mit seinem dumpfen, klagenden Ton doch gar zu ernst, ja todernstlich klinge, und vom Sterben wolle sie noch nichts wissen. Sie war ja auch noch so jung, und in den stillen, lauten Nächten unserer Wälderinsamkeit träumte sie immer wieder von ihrem, von unsern geliebten Wien. Sie sah den Tag voraus, da wir alleamt in die Kaiserstadt an der Donau zurückkehren würden, wo ihr Junge ihr am Holle hängen und unsere kleine Kapelle spielen würde: „Wien, Wien, nur du allein!“ — Und so veranlaßte sie eines Tages einen Wiener Bekannten, unsern Janko als Liebesgabe eine gute Primelgeige zu senden. Der Janko wollte fast, als er sie dem schönpollerten Kasten entnahm. Vom Stund an spielte er nur noch auf ihr, ließ aber gleichwohl die alte Bahnkeine nicht aus dem Auge.

Wenn dann die Schwester Marie erschien, lang sie ihm leise ihr Lieblingslied vor, und er verjagte die jähliche Weile nachhelfen. So auch am einem heißen Sommerabend des Vorjahres. Er spielte bereits die auf einige wenige Takte das Lied aus dem Kasten und stand dabei, das Haupt dicht an das rasche Ohr der schönen Sängerin geneigt, als ob von ihr ein Flüstern auf ihn und seine Kunst ausginge. Wir waren alle gebannt, und als er endlich hatte, pendelten wir ihm reichen Beifall. Schwester Marie war so hinan, von dem Riede der Hymanstadt, daß sie plötzlich ausrief: „Janko, wenn Sie es mögen, lassen Sie den Janko spielen.“

die politische Lage. Die Parteimitglieder werden heute schon aufgefordert, recht zahlreich zu erscheinen.

Totenfeier des Bezirksvereins Redaran.

Der Vorstand des demokratischen Bezirksvereins Redaran hatte auf Sonntag vormittag 11 Uhr seine Mitglieder und deren Angehörige zu einer Gedenkfeier für die gefallenen Krieger versammelt. Der große Saal des Rathhauses „zum Ramm“, den man zu diesem Zwecke recht geschmackvoll hergerichtet hatte, war von einer zahlreichen Trauergemeinde angefüllt. Als Wirkende hatten sich in liebenswürdiger Weise die Opern- und Konzertsängerin Frau Homann-Webau, Herr Kapellmeister Homann-Webau (zur Begleitung am Flügel) und Herr Stadtplatzramb als Festredner zur Verfügung gestellt. Die Eröffnungsansprache hielt der Vereinsvorsitzende, Herr Hutmacher, der den Erklärenen und insbesondere den auswärtigen Gästen einen herzlich willkommenes Gruß bot. Mit ergreifenden Worten erinnerte er an die schweren Opfer an teuren Menschenleben, die uns der schrecklichste der Kriege auferlegt hat. Nicht weniger als 37 Mitglieder, die hier huta arer namerlich orlas, hat der Verein durch den Heldentod fürs Vaterland verloren. Die Ansprache gipfelte in dem Satz: „Wir setzen unseren Taten den schönsten Gedankstein, wenn wir alle unsere Kräfte zum Wiederaufbau eines freien und gesunden Vaterlandes aufzubringen.“ Darauf las Frau Homann die schöne Stelle aus Höpels „Requies“ „Wie lieblich ist der Boden Schrit!“ und als eigene Dichtung „Das Grab in Polen“. Herr Stadtplatzramb blickte mit seiner schwungvollen Gedächtnisrede den Zuhörern aus Herz, wenn er aus dem religiösen Glauben an ein Weiterleben nach dem Tode den Trost ableitete, den wir brauchen, um den Verlust unserer Lieben zu tragen. Es folgten weiter zwei Vorträge von Frau Homann aus der Kompositionsmappe ihres Herrn Gemahls: „Kriegers Liebeslied“ und „Ballade“, welche der Stimmung entsprechend angepaßt waren. Die eindrucksvolle Feier schloß mit den Variationen des Liedes von der deutschen Tanne „Ich hab' einen Sternchen“, das Herr Kapellmeister Homann auf dem Flügel spielte.

Wiederaufnahme des Schnellverkehrs vom besetzten ins unbesetzte Gebiet. Mit dem 21. Juli voraussichtlich erfolgt in der Eisenbahndirektion Mainz die Wiederaufnahme des direkten Schnellverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet auf der Strecke Mainz—Frankfurt. Fürs erste sind zwei Schnellzugspare vorzulesen und zwar D 503/D 350 zwischen Mainz—Köln und D 141/D 142 zwischen Mainz—Ludwigshafen—Saarbrücken. D 303 ab Mainz 9.21 vorm. (früher ab Ludwigshafen 7.50, der als Anschluß bestehen bleibt), D 350 ab Mainz 7.32 nachm. (früher ab Ludwigshafen 9.07, bleibt ebenfalls), D 141 ab Ludwigshafen 4.00 nachm., D 142 ab Ludwigshafen 12.54 nachm. Diese drei Züge werden alsdann direkt bis Frankfurt a. M. durchgeführt. Sie erhalten indes in der Hauptstation Gießen einen Aufenthalt von 20 Minuten zur Vornahme der Bahrsprüfung. Die anderen Schnellzüge, die in Frage kommen, sollen o'mählich nachfolgen, ebenso der Personenzugverkehr. Die Bestimmung, daß der Aufenthalt 20 Min. dauern soll, wird von der Eisenbahnbehörde auf die Dauer als unüberwindlich bezeichnet. Man strebt an, daß in den Schnellzügen die Bahrsprüfung auf der Fahrt zwischen Frankfurt und Mainz im Zug erledigt wird.

Die Staatsprüfung für Tierärzte. Die Tierärzte, die sich der staatstierärztlichen Dienstprüfung unterziehen wollten, haben sich bis spätestens 1. September beim Ministerium des Innern zu melden.

Das 10. Landesmissionsfest, welches dieser Tage in Breiten abgehalten wurde, hatte sich einer starken Beteiligung von weither zu erfreuen. Während des Festgottesdienstes erstattete Defon Haug von Spöck den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß die Beiträge des Basler Missionsvereins in Baden nicht abgenommen haben. Die Einnahmen sind von 150.000 Mk. im Jahre 1917 auf 165.000 Mk. im Jahre 1918 in die Höhe gegangen. Missionsinspektor D. Frommeyer-Basel schilderte den Stand der Missionen und legte dar, daß es auch hier die Engländer auf die Vernichtung des Deutschtums abgesehen hatten. In der sich anschließenden Missionskonferenz wurde der künftige Arbeitsplan der Basler Mission besprochen.

Die rechtliche Bedeutung der Revolution für laufende Verträge. Eine Frage von allgemeinem Interesse für die Kreise der Industrie und des Handels ist es, ob vor dem 9. November 1918 geschlossene Verträge nach dem Umsturz aller Verhältnisse durch die Revolution noch zu den alten Bedingungen erfüllt werden müssen. Das hanseatische Oberlandesgericht hat dies in einem Rechtsstreit unterm 24. März 1919 (es handelte sich um einen Verlieferungsvertrag) verneint und daher folgende Begründung seines Standpunktes gegeben: Die Schlichte hat sich durch die Revolution wesentlich geändert. Vor allem durch die Veränderung der Arbeitsverhältnisse und durch die Verschiebung des Einflusses, den die Arbeiter auf den gewerblichen Betrieb erlangt haben. Die eingeführten Tarifverträge bringen die wirtschaftliche Neuordnung, daß gelehrte Arbeiter nicht viel mehr erhalten, als ungelernete; die Abschaffung der Kfzfordarbeit vernichtet den Löhne, durch Fleiß mehr zu verdienen; auf Fähigkeiten und Leistungen wird in der Lohnfrage nicht mehr wie bisher Rücksicht genommen; der unbegabte und nicht eifrige Arbeiter erhält genau denselben Lohn, wie der intelligentste und fleißigste. Dabei ist der Unternehmer in der Wahl und Anstellung seiner Arbeiter nicht mehr frei, sondern es wird ein weitgehender Zwang ausgeübt. Eine energiegelbe Förderung der Arbeit ist somit den Unternehmern verweigert; dazu kommt, daß die Arbeiterterre sich in das Bestimmungsrecht über die Betriebsleitung ein-

spielen, sollen's an Bussert von mir hab'n!“ — Der arme Janko wurde leichenblass, verbeugte sich tief und verschwand. Alles lacht und fand die Sache amüsant. Das war so gegen neun Uhr.

Witten in der Nacht kam unter Abteilungsarzt Bleich und verfuhr in mein Bett. „Die arme Schwester Marie wird wohl daran glauben müssen!“ sagte er. „Ich schwöre mir Selbstmord auf.“ „Am Gottesglauben!“ rief ich. „Was ist denn passiert?“ — Und da kam der Name jener entsetzlichen Krankheit von seinen Lippen, die uns damals wie ein Wehrwolf umkreiste, das Wort Cholera! — Wenige Stunden später hatte die Unglückliche ausgetreten und kurz danach haben wir sie auf dem Wälderfriedhof da drüben mit militärischen Ehren zur letzten Ruhe gebettet.

Wenige Tage später rückte die Abteilung nach einer Oase, südlich von Verbach ab und ich hörte weiter nichts von ihr, als daß auch dort unten in der dienstreichen Zeit die Ruhest Jankos und seiner Begleiter die Schwarz-Gelehen und die Ungarn von der Truppe erfreute. Aber der alte Schweiß der Kapelle, so sagte man, sei dahin. Wohllich hieß es dann, daß die Abteilung zwecks anderweitiger Verwendung nach Wien zurückkehren würde. Wir waren alle sehr betrübt, daß die Bundesgenossen, denen wir so viele frohe Stunden verdankten, uns verlassen wollten und erwarteten sie auf ihrem Heimwege in Verbach.

Sie kamen auch, allein mit einem Toten. Einem Toten, der nicht den Reipden, sondern einem ganz unbegreiflichen Ereignis zum Opfer gefallen war. Als die Abteilung sich gerade in Verbach lagern wollte, hatte der Janko noch geklagt seine alte Bahnkeine außerallt mit Verlust, auf die bereits Jahre die Frohe auszuwirken. Aber er holperte, fiel, und es gab einen lauten Krach. Da lag der braune Pugsch auf dem Rücken im tiefen Sand, und das Bild, das er mitnahm dem total zerstörten Instrument, das war so unübersehlich komisch, daß die Frauen trotz des Verlustes der alten Geige laut aufhaken mußten.

Der Oberkommande eile herbei und forderte den Janko dranzu auf, doch endlich aufzustehen und die Melchorordnung nicht zu brechen. Aber Janko stand überhaupt nicht mehr auf. Er bewegte nur noch ein paar mal die misshandelten Rippen und dann verschied er. Die Kameraden, die ihn erschossen aufhoben, fanden, daß ein lüches Elendstück, mit dem der tote Musikus das wackelige Innere des Instruments grüßlich geküßt hatte, diesem bei dem Tod durch die Kugel gedrungen war. Sie läsen ihn schweigend auf die Bruch, denn ritten in der Hölle und auf ungemessenen Boden wollten sie ihn doch nicht elackharren.

So kam der traurige Tag bis zu uns nach Verbach. Im Richte der scheidenen Sonne wurde er noch an dem gleichen Tage beteidet, dicht neben der Grabstätte der schönen Schwester Marie. Er lag ganz friedlich aus, als sie ihn mit noch einem letzten, dem

Frankfurt a. M., 22. Juli. (Priv.-Tel.) In der Beurteilung der Streiklage, die gestern die Börse beeinflusst hatte, griff heute eine beruhigende Auffassung Platz. Da der gestrige Tag im allgemeinen einen ruhigen Verlauf nahm. Das Geschäft nahm jedoch keine größere Entwicklung an, da sich wiederum größere Kursrückgänge bemerkbar machten. Am Montanaffärenmarkt fanden Oberbayerische Eisenbahnbedarfe sowie Oberbayerische Eisenindustrie weitere Beachtung, da man erwartet, daß die Uebernahme des Gebietes im Osten des Reiches an die Polen sich ohne allzu große wirtschaftliche Störungen vollziehen werde. Unverändertes Kaufinteresse äußerte sich für Gefestigten und Harpener, letztere zeitweilig 1½ Prozent höher. Am Markt der Schiffbauaffären kennzeichnete sich Norddeutsche Lloyd als fester. Schantungbahn sowie auch Lombarden blieben behauptet. Chemische Werte haken auch heute einen festeren Markt, besonders Badische Anilin, welche gegen den Stand der Abendbörse um weitere 2 Proz. angingen. Altkreditwerte blieben nachgelassen. Schuster- und Feilen-Gesellschaft stellten sich etwas höher. Von sonstigen Werten blieben Petroleumwerte preisbehaltend. Für Kumpferwerte hielt die Kaufkraft an, 267. Begünstigt waren ferner noch Gebr. Fehr, 154—157. Ludwig Sans wurden an 211½ ungefest. Canabon Pacific setzten 402 ein, nahmen später jedoch schwankende Haltung ein; 400. Am Rentenmarkt unterlagen Kriegsanleihen einigen Preisrückwärtigkeiten, 84—84.10. Angeboten waren verzinsliche Pfandbriefe sowie Hypothekendarlehen, deren Kurs 5½ Prozent zurücklag. Oesterreich-ungarische Renten schwächer. Am Kassa-Industrie-Markt setzten sich infolge andauernder Kurssteigerung des Principalpublikums die Kursbefestigungen fort. Dalmer 207. Der Schutz der Börse gestillte sich ruhiger. Oberbayer fest, 139½ (+ 2). Caro 154½ (+ 4 Proz.). Gebrüder Fehr verfestigten weitere Kurssteigerung die 150.

Büchertisch.

Dr. med. G. J. Boeck, Oberkranz. 12. Auflage (65—70. Tausend).
vordruckt unangebrochen und erweitert. Accurats des Handen Coufcs.
Erfchürung 20. Die Zufolge, das das Buch bereits im 65—70. Tausend
erfchürung, beweist, wie willkommen eine derartige Schrift im weiten
Kreife ift. Ein prächtiger Text gibt hier keine Rückficht auf eines
der wichtigsten Gebiete der öffentlichen Hygiene. Mit flüchtigen
Tenteln werden alle die vorliegenden Fragen behandelt. Sie werden ge-
wiffenfchaftlich wirken und unendlichen Segen stiften.

MARCHIVUM

